

V0163/23

**Einsatz von Solarpflastersteinen**

**- Antrag der Stadtratsfraktion B90/Die Grünen vom 25.01.2022**

**- Stellungnahme der Verwaltung**

**(Referent: Herr Hoffmann)**

**Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 10.05.2023**

*Der Antrag der Stadtratsfraktion B90/Die Grünen V0095/22 und die Stellungnahme der Verwaltung V0163/23 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.*

Oberbürgermeister Dr. Scharpf weist daraufhin, dass der Antrag aufgrund der Summe und der in der Geschäftsordnung enthaltenen Wertgrenzen, eigentlich als laufendes Geschäft der Verwaltung eingestuft werde. Wenn sich schon der Stadtrat nun damit befassen müsse, sei dies eine Kenntnisnahme und keine Entscheidung.

Herr Hoffmann teilt mit, dass er gerne bei seinem Antrag bleiben möchte. Im Weiteren geht auf die Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beiliegt, ein. Zu Folie 7 fügt er hinzu, dass wenn es weitere Vorschläge für Alternativstandorte gebe, er diese mitnehmen und überprüfen wolle. Der Standort am Hallenbad bzw. Freibad sei für die Personen gedacht, die für drei oder vier Stunden im Bad verweilen wollen und derweil ihre E-Bike aufladen möchten. Wie der Oberbürgermeister Dr. Scharpf bereits gesagt habe, sei das Projekt eigentlich als laufende Angelegenheit der Verwaltung an den Baureferenten übertragen. Er wolle ungern einen Schaden produzieren, für den er eventuell sogar haftbar gemacht werden könne. Er glaube, dass das Geld gut investiert sei und man damit etwas Zukunftsträchtiges ausprobieren könne. Deswegen wolle er es gerne als Pilotprojekt durchführen.

Man habe begrenzte Haushaltsmittel zur Verfügung, um die Energiewende zu gestalten, führt Stadtrat Schäuble aus. Es gebe effizientere Maßnahmen und weniger effiziente Maßnahmen für die Gestaltung. Der Größenbereich von 55.000 Euro für Solarpflaster, erscheint ihm eher unter die weniger effizienten Maßnahmen zu fallen. Er könne es noch verstehen, wenn man die Solarpflastersteine z. B. im Haus im Moos, wo es keinen Elektroanschluss gebe und deswegen die E-Bikes laden müsse, aus Autarkiegründen o. Ä. verlege, aber der geplante Standort erscheine ihm weniger sinnvoll. Alle würden sie den Ausbau der Photovoltaikanlagen auf städtischen Flächen wünschen. Man habe auch massives Potenzial im Bereich der Gebäudesanierung, was Energieeinsparungen betreffe, merkt er an. Demnächst solle das Apian Gymnasium saniert werden, was einerseits positiv sei. Andererseits denke er mit Schrecken an die Kosten, die es produzieren werde. Deswegen sollte man alles darauf ausrichten zuerst mal die Maßnahmen zu priorisieren, die den höchstmöglichen Wirkungsgrad zur Energiewende erzielen. Zwar sei die nur Kenntnisnahme, allerdings wolle er trotzdem klar machen, dass er das Projekt über den Einsatz der Pflastersteine nicht begrüße. Er glaubt nicht, dass Herrn Hoffmann ein persönlicher Schaden entstehen werde. Insgesamt würde er sich jedoch schon wünschen, dass in der Stadtverwaltung stark priorisiert werde, welche Maßnahmen zuerst zu finanzieren und umzusetzen seien. Schließlich benötige dies auch Planungsressourcen.

Stadtrat Stachel teilt mit, dass man aus den Reihen des Stadtrats kritisiere, dass mit einer so hohen Summe von 55.000 Euro kein größerer Effekt erzielt werden könne, als zwei

Fahrradladestationen auf Solarbasis zu betreiben. Ihn interessiert, mit welchem Ertrag zu rechnen sei. Hinsichtlich der Finanzierung, die über die Gewinnausschüttung der Sparkasse laufe und an einen gemeinnützigen Zweck gebunden sei, sehe Stadtrat Stachel andere gemeinnützige Zwecke, in der das Geld besser angelegt sei. Er könne sich nicht vorstellen, dass man an die Solarpflastersteine gebunden sei. Unter diesem Gesichtspunkt sei es wichtig, das Geld sinnvoll einzusetzen und nicht nur, um es in einem gemeinnützigen Zweck unterzubringen. Zwar würden Stornokosten anfallen, wenn das Projekt abgebrochen werde, jedoch müsse abgewogen werden, welcher Schaden größer sei. Den Standort hält er für ungeeignet. Wenn man Erfahrungen sammeln wolle, dann benötige man einen Standort, der ganzjährig betrieben werde und wo man die Problematik und Belastung der ganzjährigen Nutzung testen könne. Schließlich würde im Winter u. a. gestreut und geräumt werden. Auch der Bedarf an der Stelle sei fraglich. Wer zum Baden fahre, brauche nicht zwangsweise eine Ladestation, dass er wieder nach Hause komme. E-Bikes hätten eine Reichweite von 50 oder 100 Kilometern. Er wirft die Frage auf, ob man sein eigenes Ladegerät mitbringen müsse. Der Planungsausschuss habe das Projekt für nicht gut befunden und Stadtrat Stachel schließt sich der Meinung des Ausschusses an.

Stadtrat Dr. Spaeth erklärt, dass er die Diskussionen um das Thema nur schwer nachvollziehen könne, wenn man jedes Jahr Parkplätze, Tiefgaragen, Sanierungen und Neubauten im zweistelligen Millionenbereich subventioniere. Dies werde klaglos hingenommen. Die Summe in Höhe von 55.000 Euro erscheine erstmal hoch, allerdings probiere mal auch etwas aus. Wenn man später die Entscheidung treffe, dies im großen Stil umzusetzen, dann koste das noch mehr. In Ingolstadt sei nicht die Windkraft, sondern die Solarenergie das führende Mittel, weswegen Verschiedenes getestet werden müsste. Der Schaden, das Projekt nun abzubrechen, sei größer, als wenn man es weiterführe, findet er. Ob das Geld sinnvoll investiert sei, sei immer Ansichtssache.

Es sei nicht Aufgabe über das Thema weiter zu diskutieren, weil es das laufende Geschäft der Verwaltung betreffe und grundsätzlich nur zur Kenntnis zu nehmen sei, teilt Stadtrat De Lapuente mit und bittet um mehr Vertrauen in die Verwaltung. Man solle es nun ausprobieren und dem Stadtrat dann Rückmeldung geben, ob es sinnvoll ist oder nicht. Es würden immer gerne Projekte anderer Städte begutachtet werden, aber wenn Ingolstadt etwas möglicherweise Zukunftsträchtiges und Neues ausprobieren, treffe dies eher auf Ablehnung.

Der Verweis, dass die Sparkasse die Kosten trage, sei völlig verfehlt, erklärt Stadtrat Wittmann, da die Gewinnausschüttung der Sparkasse in den Haushalt der Stadt Ingolstadt fließe. Natürlich gebe es gewisse Richtlinien, wie das Geld verwendet werden dürfe, aber die sei so breit gefächert, dass man die Gewinnausschüttung verzehnfachen könne und dann gäbe es immer noch gute Möglichkeiten, um das Geld sinnvoll anzulegen. Das Projekt sei ineffizient und könne nicht mit Parkgaragensanierungen verglichen werden. Er stimmt Stadtrat Stachel in dem Punkt zu, dass die verfügbaren Mittel möglichst effizient eingesetzt werden müssten und bittet darum, in Zukunft nicht mehr auf die Sparkasse zu verweisen. Denn das sei irreführend. Die Solarpflastersteine seien nun ein Modellversuche, der wahrscheinlich nicht das Ergebnis bringen werde, dass sich Herr Hoffmann wünsche, aber man teste es nun aus. An anderer Stelle werde auch Geld ausgegeben, das ineffektiv sei.

Herr Hoffmann antwortet an Stadtrat Stachel gerichtet, dass sich die Energieausbeute dieser Fläche auf ca. 1.200 bis 1.500 kWh pro Jahr belaufe. Die Anlage bringe 125 bis 130 Wp. Er räumt ein, dass dies nicht besonders viel sei. Trotzdem sei es ein Pilotprojekt, mit dem man

ausprobieren wolle, was mit wenig Fläche gehe. Die Summe von 55.000 Euro teile sich auf, mit unter sei ein Puffer für „Sonstiges“ in Höhe von 8.000 Euro enthalten. 15.000 Euro würden auf die Vorbereitung des Parkplatzes und 2.500 Euro für die E-Bike-Ladestation, entfallen. Herr Hoffmann geht davon aus, dass die Kosten für das Projekt günstiger ausfallen werden. So könne die Ladestation nach dem Pilotprojekt wiederverwendet werden. Außerdem werde ein Pufferspeicher eingebaut, damit eine Zwischenspeicherung der Energie möglich sei. Auch dieser Pufferspeicher könne hinterher wiederverwendet werden.

Die Darstellung der Zahlen mache deutlich, wie wenig sinnvoll das Projekt sei, entgegnet Stadtrat Stachel seinem Vorredner. Derzeit koste ein Kilowatt-Peak auf dem Markt ca. 1.500 Euro. Fertig installiert bekomme man es vielleicht für 1.700 Euro, was bedeute rund das 20- oder 30-fache an Energieausbeute, wenn man 55.000 Euro in die Hand nehme. Für ihn sei es eine Verschwendung an Geld, das den Ingolstädtern sinnvoller zur Verfügung gestellt werden könnte. Andere Städte würden auch neuartige Projekte ausprobieren. Dort könne man nach Erfahrungswerten fragen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.